

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltigen Nonparillisten ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 20. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Rheinzoll in Kraft.

Der Rheinzoll ist seit heute miternacht in Kraft. Seine Durchführung bringt erhebliche Unregelmäßigkeiten in den Eisenbahnerverkehr...

Düsseldorf, 20. April. (WZB.) Bis vormittags gegen 9 Uhr haben die Zollmaßnahmen keine besondere Störung im Personenverkehr hervorgerufen...

Vor der Besetzung des Ruhrgebiets.

London, 20. April. (WZB.) Reuter erzählt von französischer Seite, Frankreich werde die Besetzung des Ruhrgebiets nur vornehmen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme...

Daily Chronicle schreibt in einem „Ballade Harmonie zwischen den Alliierten“ überschriebenen Leitartikel: An der Besetzung des Ruhrgebietes würden englische Truppen nicht teilnehmen...

Paris, 20. April. (WZB.) „Matin“ berichtet, daß Ministerpräsident Briand sich am Samstag nach Lympe begeben wird. Er wird begleitet sein von dem Generaldirektor im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten...

Der Parlamentsberichterstatter der „Daily News“ meldet: Es wird amtlich in Uebereinstimmung gestellt, daß die Alliierten beschloffen haben, sich des Ruhrgebietes zu bemächtigen...

Amerikas Antwort.

Paris, 20. April. (WZB.) Hier verlautet, daß die amerikanische Regierung in ihrer Antwort auf das durch den Hüligen Stuhl überreichte deutsche Gesuchen um eine Intervention mittelstern wird, daß sie zwar mit dem Grundgedanken einer Übernahme der Antontenpflichten an Amerika durch Deutschland einverstanden wäre...

nung sei, daß die deutschen Angebote nicht weitgehend genug seien. Die Pariser nationallistischen Zeitungen sagten: hätte Deutschland ein neues Angebot, daß auf der Grundlage der Pariser Beschlüsse entstanden wäre, so wäre eine Vermittlung nicht erforderlich gewesen...

Eine Rede Hardings.

Washington, 20. April. (WZB.) Präsident Harding hielt gelegentlich der Enthüllung eines Reiterstandbildes Simon Bolivars, das von Venezuela der Stadt New York geschenkt worden war, eine Rede, in der er unter anderem sagte: Die ganze Welt habe das Bedürfnis nach einem Wiederaufbau...

Harding kommt dann auf die Monroe Doktrin zu sprechen und sagt, er selbst habe sie niemals in egoistischem Sinne ausgelegt, aber die Geschichte der letzten zehn Jahre könne die ganze Welt überzeugen, daß, wenn die Notwendigkeit einträte, man bereit sei, den Kampf aufzunehmen...

Zur Untersuchung, wie sich der Deutschamerikaner Bergdoll der Wehrpflicht entziehen konnte, hat das Repräsentantenhaus einen Ausschuss eingesetzt, und ihm 10 000 Dollar bewilligt.

Bekanntlich war Bergdoll ins unbefetzte Deutschland geflüchtet, von wo ihn amerikanische Detektive zu verschleppen versucht haben.

Der englische Streik.

London, 20. April. (WZB.) Eine gestern abend vom Bergarbeiterbund erlassene Erklärung besagt, die Antwort der Bergwerksbesitzer gebe keine Veranlassung zu irgendeiner Hoffnung, daß die Verhandlungen demnächst wieder aufgenommen werden.

Ab 1. Mai sollen die Löhne auf den Schiffswerften um ein Drittel reduziert werden! Der Eisenbahnerführer Thomas hat das Blatt „The Communist“ wegen Beleidigung verklagt.

Die Ermordung Tifzas.

In Budapest wird augenblicklich der Prozeß gegen den angeblichen Mörder des Grafen Tifza verhandelt. Unter den Angeklagten ist auch der ehemalige Ministerpräsident Stephan Friedrich, der Führer der Gegenrevolution und Begründer des Weißen Terrors. Stephan Friedrich war zu Beginn seiner Karriere Revolverjournalist und veröffentlichte in einem Budapest Kiseblatt die blutigensten bolschewistischen Artikel...

Posenangriff in Wilna. Sämtliche polnische Truppen sind aus den Kasernen herausgezogen worden, angeblich aus Furcht vor litauischen Bombenanschlägen. Ein großer Teil wurde nach der Front geschafft, ein anderer in Privatwohnungen eingekerkert.

Der Block um Stegerwald.

Das Ministerium Stegerwald ist angeblich fertig, es setzt sich, wie zunächst inoffiziell mitgeteilt wird, folgendermaßen zusammen:

- Präsidentium und Wohlfahrt: Stegerwald (3.) Inneres: Dominicus (Dem.) Justiz: Am Jahnhoff (3.) Handel: Fischbeck (Dem.) Landwirtschaft: Warmbold (Beamter) Unterricht: Becker (Beamter) Finanzen: ?

Die neue preussische Regierung wird charakterisiert durch die erfolgte Ausschaltung der Sozialdemokraten und ihre Erlegung durch bürgerliche Politiker und Beamte. Es ist eine naive Zumutung, wenn verschiedene Morgenblätter von heute annehmen, die sozialdemokratische Fraktion würde einem derart oder ähnlich zusammengesetzten Kabinett „wahrlosend“ gegenüberstehen...

Der Rechtsruch der bürgerlichen Mittelparteien, der in dieser Lösung der preussischen Regierungsfrage zum Ausdruck kommt, wird im innerpolitischen Leben Deutschlands die tiefsten Wirkungen zeitigen, und man darf heute schon voraussetzen, daß es weder dem deutschen und dem preussischen Volke noch ihnen selbst wohlbekommen wird.

Es sei den bürgerlichen Mittelparteien, besonders den Demokraten nur nahegelegt, wie ein bürgerliches Blatt selbst die Folgen ihrer Handlungsweise beurteilt. Am Montag abend — als der neue Umfall der Demokraten noch nicht bekannt war und ein Ministerium aus Zentrumsleuten und Beamten in Aussicht stand — schrieb die „Frankfurter Zeitung“:

Herr Stegerwald tut das Gegenteil von dem, was man nach seiner ganzen bisherigen politischen Entwicklung von ihm hätte erwarten dürfen. Er schien der gegebene Mann, die alte Koalition mit oder ohne Volkspartei zusammenzuhalten. Er hat darauf verzichtet, indem er, ohne zwingenden Grund, auch seinerseits die Fortsetzung der alten Koalition ohne Volkspartei von vornherein verworfen. Und jetzt ist, nach vielem Hin und Her, sein letzter Ausweg ein „Geschäftsministerium“, das unpolitisch sein soll, das aber in Wahrheit durch die ganze Entwicklung der Dinge eine sehr bestimmte politische Farbe haben wird. Denn da die Sozialdemokratie ein solches Geschäftsministerium vertritt, so ergibt sich ganz klar, daß es nur mit Zustimmung auch der äußersten Rechten überhaupt existieren könnte. Das aber würde bedeuten, daß die Deutschnationalen genau das erreicht hätten, was sie von Anfang an erstrebten. Ihre ganze Agitation ging ja darauf hinaus, die Sozialdemokratie vollständig aus der Regierung auszuscheiden und an die Stelle der bisherigen Koalition eine rein „bürgerliche“ Regierung zu legen, in der sie dann ausschlaggebend wären. Das Geschäftsministerium des Herrn Stegerwald würde prallisch, wenn auch in verhüllter Form, nichts anderes besagen. Die Sozialdemokraten in der Opposition, die Demokraten, wie wir hoffen, gleichfalls draußen, das Geschäftsministerium angewiesen auf das Vertrauen von Deutschnationalen, Hannoversern, Deutscher Volkspartei und Zentrum, also eine Gruppierung, die ja ebenso wie die alte Koalition eine schwache Mehrheit hätte, wenn tatsächlich das ganze preussische Zentrum diese Politik mitmacht — das wäre das Bild.

Dieses Bild wird durch die Wirklichkeit noch übertroffen, denn die letzte Hoffnung der „Frankfurter Zeitung“, wenigstens ihre eigene Partei, die demokratische, würde sich aus dem üblen Handel heraushehalten, hat sich nicht erfüllt. Was wir jetzt erleben werden, das ist eine anmutige Kombination aus dem Bülowblock und dem schwarzblauen Block von ebendem.

Die Sozialdemokratie ist mit diesen beiden Blöcken fertig geworden, sie wird auch vor dem Kampf gegen einen gesamt-bürgerlichen Reaktionsblock nicht zurückweichen. Sie darf dabei auf die Tatsache bauen, daß der größte Teil der Wähler auch der bürgerlichen Mittelparteien nach ihrer sozialen Stellung zu ihr gehört, und sie darf damit rechnen, daß die An-

hänger des Zentrums und der bürgerlichen Demokratie zum großen Teil nicht gekommen sein werden, die Rechtschwenkung ihrer Führer mitzumachen.

Während also die veränderte politische Konstellation den bürgerlichen Mittelparteien arge Schwierigkeiten bereiten muß, wird sie den inneren Zusammenhalt der Sozialdemokratischen Partei und darüber hinaus des gesamten arbeitenden Volkes im weitesten Sinne des Wortes nur stärken. Die Arbeiterschaft wird nach den harten Erfahrungen der letzten zwei Jahre einheitlicher als zuvor den Wert einer politischen Taktik zu würdigen wissen, die Entschlossenheit und Besonnenheit verbindet und die den Kampf um verlorene Machtpositionen nicht in verzweifelten, aussichtslosen Gewaltvorstößen führt, sondern in planmäßig überlegtem Vorgehen. Der Kampf aber ist das Lebenselement unserer Partei, und ihn jetzt wieder, von mancherlei Hemmungen befreit, führen zu können — dieser Gedanke wird vielen unserer Parteigenossen neue Schwungkraft verleihen, er wird die Aufrichts- kraft unserer Bewegung stärken und ihren endgültigen Sieg vorbereiten.

Die Zentrumsfraction des Landtags, unterzeichnet der Abg. Herold, veröffentlicht in der „Germania“ eine Erklärung, in der sie sich gegen die „Indiskretion“ des Abg. Heilmann wendet, weil er das zwischen dem Zentrum abgeordneten Heß und dem Demokraten Dominicus geführte Gespräch veröffentlicht habe. Die Fraction erklärt, daß sie jede Zusammenarbeit mit dem Abg. Heilmann solange ablehnen wird, bis er sich wegen seiner, auch mit den bescheidensten Begriffen von politischer Wohl- ensständigkeit unvereinbaren Handlungsweise bei der unterzeichneten Fraction entschuldigt hat.

Schließlich richtet die „Germania“ in trautem Einklang mit dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ an die Sozialdemokratie die Frage, wie lange sie noch die Leitung ihrer „immerhin offiziell- sen Korrespondenz einem so undisziplinierten Manne wie Heilmann anvertrauen“ und wie lange sie „noch der Tätigkeit eines parlamentarischen „Hans Dampf in allen Gassen“ zusehen wollen.

Diese künstliche Entrüstung läßt schon auf tausend Schritte erkennen, daß es ihren Urheber auf ganz andere Dinge ankommt, nämlich darauf, die Aufmerksamkeit von der rückwärtigen Tendenz der neuen Ministerliste abzulenken! Im übrigen sollte wenigstens die „Germania“ wissen, daß die „Sozialistische Korrespondenz für In- und Ausland“ eine private Gründung des Genossen Heilmann ist und daß die Partei ihm ihre Leitung weder anvertraut hat, noch sie ihm entziehen kann, selbst wenn sie die Absicht hätte. Die „S. K.“ ist eben nicht parteioffiziell, sondern Privat- unternehmen. Der Ruf nach dem Schupmann ist deshalb doppelt unangebracht.

Die sozialdemokratische Fraction hat übrigens zu der Angelegenheit schon Stellung genommen. Sie hat erklärt, daß sie der Veröffentlichung in der „S. K.“ fernsteht und sie bedauert, daß sie es aber im übrigen ablehnt, sich die Person ihrer Unterhändler von der Gegenseite vorschreiben zu lassen. Würde die Frage nach der Person der Unterhändler aufgerollt, so müßte die sozialdemokratische Fraction auch ihrerseits in eine Prüfung darüber einstimmen, wie weit sie noch mit den Unterhändlern des Zentrums Verkehr aufrecht erhalten könne. — Diese Erwägung ist nur allzu berechtigt. Gerade das Zentrum sollte mit moralischer Entrüstung über Unterhändler außerordentlich zurückhaltend sein, nachdem sich herausgestellt hat, daß seine Unterhändler nicht imstande waren, die Wahrheit über getroffene Vereinbarungen zu berichten.

Der Abg. Heß nimmt in der „Germania“ übrigens auch noch das Wort, um die Mitteilungen Heilmanns über das bekannte Gespräch Heß-Dominicus zwar nicht zu bestreiten, aber sie als nicht ganz dem Wortlaut entsprechend hinzustellen. Wir registrieren das. Besonders wird dadurch nichts an der Tatsache, daß Zentrum und Demokraten ein Ministerium unter Ausschluß der Sozialdemokratie bilden und die Unterstützung der Deutschnationalen suchen müssen, geändert werden, daß sich das Zentrum eingegangenen Verpflichtungen durch Verschleierungskünste bedenklicher Art entziehen wollte.

Meine vornehme Tischgesellschaft.

Zus persönlichen Gründen — ich bin Wohnungsucherin, ich arme — bin ich gezwungen, mich vorübergehend in einer Mittel- stadt, die Residenz war, aufzuhalten. Ich lebe in einer Pension. Der Pensionspreis ist nicht eben hoch, das Essen gut. — Herz, was willst du mehr? — Aber ich roter Vogel bin da in eine Tafelrunde adliger Damen hineingeraten, eine Runde, die außer mir nur noch zwei Bürgerliche zählt, einen Verwaltungsbeamten und einen jün- geren Mann, der in einem kaufmännischen Großbetrieb leitend tätig ist und sich immer entschuldigt, daß er einmal demokratisch gewählt habe. Ich beobachte die Tafelrunde, und ich höre die Unterhaltun- gen; das ist sehr lehrreich für mich, denn man spricht von Tages- ereignissen und von der hohen Politik. Man geniert sich nicht vor mir, denn ich habe einen Titel, und damit erscheint ihnen meine Weltanschauung gegeben.

Rechts an der Ecke sitzt Frau v. L., Offizierswitwe, nicht dumm, schriftstellerisch — Wochenschriftchen, ganz amüsante Tagesliteratur. Ihr Mann ist gefallen. Sie wählt, so sagt sie mir, „natürlich“ deut- sch-national, doch ist sie nicht in der Partei. Man hätte sie zu ge- waltig hineinpressen wollen. Von früh bis spät hätten Damen bei ihr gelesen, um sie für den Eintritt zu bearbeiten. Aber Gewalt läßt sie sich nicht antun. Außerdem stünde sie „über den Parteien“. Vom früheren Kaiser will sie nichts wissen. Ihr Mann habe sein Leben lassen müssen, und der sei „über die Grenze gegangen“.

Dies „Über-die-Grenze-gehen“ spielt überhaupt eine große Rolle in den Gesprächen. Alle diese Menschen, denen körperlicher Mut die erste Tugend bedeutet, können die Flucht nach Holland nicht verzeihen. Darüber, daß wir die Hohenzollern nicht wieder brauchen können, sind sie auch einig. Aber „monarchisch“ sind sie. Sie wissen nur noch nicht recht, wo sie sich die gewöhnliche „mon- archische Spitze“ herholen sollen. „Bei der Erblichkeit riskiert man überhaupt, daß man wieder Unfähige als Herrscher bekommt“, sagt Frau v. L. Sie ist für ein Wahlkönigtum, und auch den andern scheint das praktisch. Ich bemerke schließlich, wenn man bei einem Wahlkönigtum einen König auf Lebenszeit wählt, so wäre das doch das gleiche, wie eine Präsidentenwahl auf Lebenszeit. Also würde Obert, wenn man ihn lebenslanglich wählt, die „monarchische Spitze“ sein, die sie fordern. Man hält mich für leicht blödsinnig und geht zur Tagesordnung über.

Neben Frau v. L. sitzt Frau v. G., eine wirkliche Erzzeilen. Ihr Mann ist auch gestorben, aber nicht im Felde, sondern an Gehirn- erweichung. Wieviel da zu erweichen war, weiß ich nicht. Erzzei- len trägt noch immer eine schwarze Witwenhaube mit weiß ge- ränderter Schnecke, die sie vorzüglich liebt. Erzzeilen spricht über

Verfassungsbruch durch den Reichsrat.

Am 23. Ausschluß des Reichstags, der am 19. zu einer Sitzung zusammengetreten war, kam folgendes zur Sprache. Nach gründlicher Prüfung der Notwendigkeit hatte sich der Hauptausschuß des Reichstags einstimmig entschlossen, in den Etat für 1920 drei Stellen für Marine-Oberstabszahl- meister mehr einzusetzen als von der Regierung angefordert waren. Das Plenum des Reichstags trat diesem Beschluß bei, so daß über den Willen der Volksvertretung gar kein Zweifel herrschen konnte. Der Reichsrat, ohne dessen Zustimmung die Erhöhung der Stellenzahl nach der Ver- fassung nicht zulässig ist, war jedoch von der Notwendigkeit der Stellenvermehrung nicht überzeugt und verweigerte seine Zustimmung. Das Etatsgesetz für 1920 war damit gescheitert. Entsprechend den Vorschriften der Verfassung mußte nun das ganze Gesetz zur nachmaligen Beschlussfassung an den Reichstag zurückgehen. Das ist aber nicht geschehen, viel- mehr hat die Reichsregierung mit Zustimmung des Reich- tags das Gesetz bis auf die vom Reichsrat nicht genehmigte Position verkünden und in Kraft setzen lassen.

Dieser Vorgang ist so ungeheuerlich, daß nicht schnell und nicht scharf genug gegen ihn Stellung genommen werden kann, denn was heute mit dem Etatsgesetz passiert, kann morgen mit jedem anderen Gesetz geschehen, bei der jetzigen bürgerlichen Reichsregierung ist eben kein Ding un- möglich. Ist erst einmal ein Präzedenzfall geschaffen und haben Volksvertretung und Öffentlichkeit ihn stillschweigend hingenommen, so wird sich die stinnesierte und monarchistische Reichsregierung wirklich nicht lange bitten lassen, ihr Blick auch bei anderen Gesetzen zu versuchen. Daß der in seiner übergroßen Mehrheit radikalreaktionäre Reichsrat, diese zweite Auflage des alten Bundesrats — auch eine Re- volutionserregung — ihr dabei gern Handlangerdienste leisten wird, braucht nach verschiedenen seiner bisherigen Leistungen nicht bezweifelt werden. Und nun male man sich aus, wenn eines schönen Tages ein Gesetz verkündet wird, in dem ein halbes Duzend im Reichstag in dritter Lesung zwar beschlossener, der Reichsregierung und dem Reichsrat aber un- bequemere Paragraphen fehlt, und den staunenden Mit- bürgern erklärt wird, daß die fehlenden Bestimmungen zur nachmaligen Beschlussfassung an den Reichstag zurückverwiesen worden sind. . . .

Man wende nicht ein, daß dies undenkbar sei und es sich im vorliegenden Fall doch „nur“ um das Etatsgesetz handele. Die Etatsgesetze sind mit die allerwichtigsten Gesetze, die der Reichstag zu verabschieden hat. Das Volk ist an or- dentlichen Etatsgesetzen ganz ungemein interessiert, denn sie bilden das Fundament für die gesamte Volkswirtschaft und das ganze Leben und Wirken des Reiches. Es geht also un- möglich an, das Etatsgesetz als nebensächlich zu behandeln, und zu glauben, an ihm Experimente vornehmen zu können. Und ferner: Ist nicht ein Gesetz als Gesetz ebensolcher Achtung und pfleglicher Behandlung wert wie das andere? Wohin wollten wir kommen, wenn Reichsrat und Reichsregierung meinen, sich bei diesem oder jenem Gesetz über die Bestimmun- gen der Reichsverfassung bezüglich der Gesetzgebung einfach hinwegsetzen zu können?

Nein, derartige Praktiken dürfen nicht einreißen. Ist man von der heutigen Reichsregierung auch schon manches ge- wohnt, so fehlt dieses Verfahren der Nichtachtung der Ver- fassung und des Etatsgesetzes doch allem bisher Dagewesenen die Krone auf, ganz gleich, ob hierdurch Schaden angerichtet worden ist oder nicht. Das in weiten Kreisen der Bevölke- rung gegen die Reichsregierung bestehende berechtigte Miß- trauen wird durch das unverantwortliche Vorgehen von Re- gierung und Reichsrat beträchtlich gestärkt werden.

Sachlich möchten wir bemerken, daß wir vom Reichstag keine Nachgiebigkeit gegenüber dem Reichsrat erwarten. Es ist nicht das erstemal, daß der — wie schon bemerkt — haupt- sächlich aus radikalreaktionären Beamten der alten Schule be- stehende Reichsrat es auf eine Kraftprobe mit dem aus ge- wählten Vertretern des Volkes sich zusammensetzenden Reichs-

das Frauenwahlrecht. Sie ist durchaus dagegen. „Nicht, weil wir es bekommen haben, aber die Proletarierfrauen, die sind alle so unreif.“ Ich sage halblaut zu meinem Nachbar, dem bürgerlichen Verwaltungsbeamten: „Ob die gebildeten Frauen reifer sind?“ Er wirft einen viefelgenden Blick auf die Erzzeilen und lächelt.

Gräfin D. bittet uns um Kinderpielzeug. Sie hat — es ist nicht zu sagen — einen sozialdemokratischen Schuhmacher, und sie denkt den Mann zu befehlen, indem sie ihm Spielzeug für seine Kinder schenkt. Ich stelle mir das Gesicht vor, das der schustierende Genosse bei den mit Kinderpielzeug gepaarten Belehungsversuchen machen wird.

Unnützlich zu sagen, daß alle diese Damen jetzt tiefe Trauer tragen wegen des Todes der früheren Kaiserin. Sie sind eigentlich ein biß- chen enttäuscht, daß sozialistische Blätter jetzt nicht schimpfen auf die Verstorbene, sie hätten sich so gern darüber entrüstet. Aber sie ent- rüsten sich doch, daß die Arbeiterschaft keinen großen Demonstra- tionszug veranstaltet anlässlich der Trauerfeier. Man habe das doch bei Rosa Luxemburg und Liebknecht getan.

Aber heut dachte ich doch, es würde eine Tragödie geben, als wir gemeinsam unsere Zeitungen nahmen von dem kleinen Tisch auf dem Tisch, und dort mein „Vorwärts“ friedlich neben der „Deut- schen Zeitung“, dem „Tag“ und einem totalen Rechtsblättchen lag. Indes, als ich in mein Zimmer ging, hörte ich noch, wie Erzzeilen zu Frau v. G. sagte „Es ist eigentlich sehr anerkennenswert und nützlich, auch einmal die Zeitung dieser Leute zu lesen, um sich über ihre Ansichten zu vergewissern.“

Also deshalb, Erzzeilen! Daß ich Sozialistin bin, scheint Ihnen natürlich ausgeschlossen. — denn ich habe ja einen Titel! Ja, Erzzeilen, es ist wirklich nützlich, wenn man solche Leute, wie Sie es sind, reden hört, „um sich über ihre Ansichten zu ver- gewissern“.

„Der Sommernachtsstraum“ im Großen Schauspielhaus. Für den Regiekünstler Reinhardt ist diese Shakespearsche Fieris die rich- tige Vorlage. So hat er denn diesen Märchenroman, ein geniales Gelegenheitsstück auf Bestellung, immer neu geformt: im „Neuen Theater“, wo er seinen Ruf damit begründete, und dann wieder- holt im „Deutschen Theater“. Immer war es ein Triumph seiner viele Künste zum großen Gesamt-(Ausstattungs-)Eindruck zu- sammensetzenden Art. Aber ließ sich dies leichteste, zarteste, dü- stigste aller Dramen, dies Gedicht aus Nord- hies und Waldes- stimmung in das Kolossal der neuesten Reinhardt-Gründung ver- pflanzen? Der Erfolg, der große Erfolg der ersten Aufführung, die sich wieder bis in die zwölfte Stunde hinzog, spricht dafür. Aber die künstlerischen Bedenken sind damit nicht zerstreut.

Die Zirkusbühne ist umgewandelt: die Hauptbühne ist die Hin- tergrundbühne, die nur in den Zuschauerraum vorragt. Keine Arena mehr! Der Schauspiel ist dadurch konzentriert, aber immer noch zu geräumig. Die große Waldwiese inmitten eines mehr bizarren

parlament ankommen lassen will. Im Herbst 1919 lag eine ähnliche Situation vor, als der Reichsrat der vom Reichstag beschlossenen Abschaffung der sogenannten „Portpflichtigen Dienstsachen“ nicht zustimmen wollte. Damals war der Reichs- tag gezwungen, nachzugeben, weil er 24 Stunden vor der Vertagung stand und das betreffende Gesetz aus- rüstigen Gründen verabschiedet werden mußte. Diesmal ist die Sachlage eine andere, und es ist zu hoffen, daß der Reichstag seine Würde gegenüber dem Reichsrat zu wahren wissen wird.

Bayern beseitigt die Simultanschule.

München, 20. April. (D.) Eines der in Bayern am meisten be- sehtete Lieberleibsal aus der sozialdemokratischen Regierungszeit, die Simultanschulverordnung, des Ministers Hoffmann, ist nun auch gefallen. Das bayerische Kultusministerium hatte sich auf Veranlassung des Landtages vom Verwaltungsgerichtshof ein Gutachten über die Rechtsgültigkeit dieser Verordnung einholen lassen. In diesem Gutachten heißt es u. a.: „Da diese Verordnung nur von einem Minister, nämlich dem Ministerpräsidenten und gleich- zeitigen Unterrichtsminister Hofmann unterfertigt worden ist und nach Rechtslage der Akten offenbar nicht der Beschlussfassung durch den Ministerrat unterliegt war, ist sie sonach rechtungsgültig. Es findet sich kein bayerisches Gesetz, welches einen einzelnen Minister zum Erlass einer rechtsverbindlichen Verordnung auf dem hier frag- lichen Gebiete ermächtigen würde.“

Kommunistenschreck und Agrarier.

Aus den Kreisen der organisierten Landarbeiter wird was ge- schrieben:

Nachdem die kommunistische Putschbewegung täglich zusammen- gebrochen ist, suchen die „Deutsche Tageszeitung“ und der schwarze „Tag“ von neuem die Öffentlichkeit zu erregen. Unter der sensation- ellen Lieberschrift „Die Kommunisten als Anführer des pommerischen Landarbeiterstreiks“ bzw. „Soll es jetzt in Pommern beginnen?“ veröffentlichen diese Blätter eine ihnen aus Stettin zugeleitete Dar- stellung, in der von Dynamitanschlägen und Einschü- erungen von Bauerngehöften in einigen Orten Pommerns die Rede ist. Diese bisher von keinerlei amtlichen Or- ganen gestützte Meldung bringen die genannten Blätter in Zusammenhang mit einer in Pommern drohenden Gefahr des Land- arbeiterstreiks und konstruieren weiter die Behauptung, man habe es in dem neuen Fall mit einer planmäßig vom Deut- schen Landarbeiterverband organisierten kommunisti- schen Aktion unter dem Firmenschild wirtschaftlicher Bestre- bungen zu tun.

Das ist eine ganz unerhörte Verleumdung des Deut- schen Landarbeiterverbandes, der die terroristischen Unternehmungen, deren Begünstigung man ihn jetzt zeigt, von jeher auf das schärfste abgelehnt und verurteilt hat. Auf diese Weise soll Stimmung gegen die um ihre verfassungsmäßigen Rechte rin- gende Landarbeiterschaft Pommerns gemacht werden. Deshalb sei hier festgestellt, daß es sich bei den bisher in Pommern vorgekom- menen Streikunternehmungen lediglich um wenige Einzelbetriebs- streiks rein wirtschaftlicher Natur handelt. Es liegt ihnen keine politische Tendenz zugrunde, ihr Ziel ist vielmehr die Joh- lung der im vorjährigen Tarifabschluß zugesicherten Löhne, die ein Teil der Arbeitgeber beharrlich noch bis heute ver- weigert. In den bisher von Streikunternehmungen berührten Be- zirken haben sich keinerlei Vorgänge ereignet, die auch nur den geringsten Zusammenhang mit der kommunistischen Putschbewegung erkennen lassen oder Ähnlichkeit mit ihr aufweisen.

Das Zentrum kriegt Zuwachs. Die vor etwa einem Vierteljahr begründete Christlichsoziale Partei in Bayern plant den Anschluß an das Reichszentrum. In einem Aufruf der Partei werden scharfe Angriffe gegen den Ministerpräsidenten von Kahr gerichtet und vorgeschlagen, die Christlichsoziale Partei als bayerisches Zentrum zu erklären und den Anschluß an das Reichszentrum zu vollziehen.

Zweihunderttausend Kaninchen. Nach Mitteilungen aus säch- sischen Regierungskreisen soll Sachsen von den an die „ehemaligen“ Feinde abzuliefernden 200 000 Kaninchen 25 000 Stück stellen. „Wollt sel Dank, daß die Kaninchen so fruchtbar sind!“

architektonischen als naturalistischen Waldes gibt zwar für Reigen und Vordränge einen schönen Tummelplatz, aber läßt die Traulich- keit und Intimität des Waldbildes, in dem diese germanische Natur- poest lebendig wird, nicht auskommen. Die Räubelzenen, die stark auf Galeriewirkung angelegt sind, können sich hier natürlich gut aus- toben und der von der Eduardowa geführte Eisenreien und Puck Streich haben die Wette des Raumes. Aber wie steht's mit den Liebeszenen? Fast alle Darsteller sind zu verstehen; aber das Geffüster wird zum Trompetenschmetter und die Begrüßung be- einträchtigt die feinere Wirkung. Die Reiffzene der verirrten Liebes- paare ist direkt peinlich-brutal.

Der literarische Schwärmer wird auch die Intimität Bühnendar- stellung des hohlen Spiels, dessen Wadesschauder keine Tanzsee er- trägt, nur als Reidehehl zulassen. Aber Shakespears Gedicht dem Theater, und es mag auch diese Verdröberung, die Reinhardts Kunst abelt, ihre Wirkungen ausüben. Alle Opern- und Ausstattungs- mittel sind darin aufs beste ausgenützt. Nacht- und Morgenstimmung ergibt wunderbare Bilder, das Ballett ist sicher das beste. Mendels- sohns Musik, die sonst Shakespears fremd ist, paßt zu dieser Auf- führung vorzüglich. Die Thimig als Titania und Bange als Oberon sind entzückende Waldwesen, und der Puck erscheint wieder in der klassischen Verdröberung der Enfsoldi. Die Liebespaare flirten und streiten, daß es eine Lust ist, und in den Räubelzenen glängen die ersten Kräfte: Thimig (Zeitel) und Krauh (Haut-Hebe) sind wirklich urfomlich. Die Geismann macht natürlich den Löwen. In den Pausen spielen die oberen Ränge er- heblich mit, vom Recht auf den Hervorruf wird hier claquemäßig Gebrauch gemacht.

Der Hegenmeister Reinhardt hat auch den Sommernachtsstraum im Zirkus zustande gebracht — aber er ist damit zur großen Oper übergegangen.

Kleine Aufzogen. Ducaun schreibt aus Friedebau: Wer berechtigt Sie, Herr Pfarrer, eine nationale Trauerfahne wegen des Todes der ehemaligen Kaiserin an der Kirche unseres Ortes anzubringen?

Wird Ihre Kirche nur von Anhängern der abgedankten Mon- archie oder auch von Republikanern besucht?

Haben Sie, der Sie Beamter der Republik sind, das Recht, öffentlich gegen diese Partei zu erweisen?

Was hat die Kirche mit der Politik zu tun? Sont nicht der heiland, von dessen Lehre Sie leben: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“?

Kann Ihre Gemeinde Ihnen, der Sie fortgesetzt gegen die Chris- tliche Lehre verstehen, damals, als Sie den Krieg verherrlichten, und jetzt, da Sie die Obrigkeit verhöhnen, noch Glauben schenken?

Erniebrigen Sie nicht die Kirche, die allen Trost schenken soll: Republikanern und Monarchisten, Reich und Arm, Hoch und Niedrig, zur Hebedienenden Magd einer Partei?

Ist Ihre Fahne das Symbol christlicher Demut oder nicht viel- mehr dasjenige eines herausfordernden Trokes?

Warum sind Sie so unaufrichtig, nicht zuvor das Kom zu entfernen, das über der Tür Ihrer „Kirche zum guten Hirten“ als Wahrzeichen anbracht ist?

Was gedenkt der Kultusminister hierbei zu tun?

Gewerkschaftsbewegung

Wir verbitten uns . . .

Nach dem Betriebsrätegesetz (§ 66) hat der Betriebsrat die Aufgabe, „in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung mit Rat und Tat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichst wirtschaftliche Betriebsleistungen zu sorgen“.

Zu diesem Thema wird uns mitgeteilt, daß der Betriebsrat des Braunkohlenbergwerks „Glimmerode“, das dem Kalitzkonzern „Wintershall—Alexanderhall“ gehört, sich dagegen gewendet hat, daß für die Grube ein Ingenieur sowie ein zweiter Direktor, welcher die Grube mit beaufsichtigen soll, eingestellt werden.

Speeringen, den 5. April 1921.

Vorsitzenden des Betriebsrats der Gewerkschaft Glimmerode. Aus den uns übersandten Niederschriften der Sitzungen des Betriebsrats unserer Braunkohlengrube entnehmen wir, daß die Arbeitnehmervertretung es für nötig hält, mit Anregungen an die Betriebsleitung heranzutreten, deren Durchführung überaus unmöglich ist.

Was die an uns weiter eingereichte Resolution vom 24. März dieses Jahres anbelangt, in der der Betriebsrat, wie er angibt, aus Sparmaßnahmrückichten gegen die Einstellung von höheren Beamten protestiert, so lehnen wir eine Erörterung über diese Frage überhaupt ab und verbitten uns für die Zukunft dergleichen Schreiben.

Sollten sich derartige Schreiben wiederholen, so werden wir auf Grund der Bestimmungen des § 41 des Betriebsrätegesetzes beim Schlichtungsausschuss die Auflösung des dortigen Betriebsrats wegen gröblicher Verletzungen seiner Pflichten beantragen.

Mit Gläubigen! Zentralverwaltung der Gewerkschaft Wintershall.

Man verbittet sich also für die Zukunft jede weitere Anregung, da die Arbeitnehmervertretung „kaum irgendwie technische oder wirtschaftliche Verständnis“ besitzt und droht, „falls sich derartige Schreiben wiederholen . . . beim Schlichtungsausschuss die Auflösung des dortigen Betriebsrats wegen gröblicher Verletzung seiner Pflichten“ zu beantragen.

Urwahlen im Buchbinderverband.

Mit den bevorstehenden Wahlen im Verband deutscher Buchbinder und Papierverarbeiter (Zahlstelle Berlin) beschäftigte sich eine vom Aktionsausschuss der SPD-Fraktion einberufene Versammlung am Dienstag in den „Arminshallen“.

1. Vorsitzender R. Würzberger; 2. Vorsitzender Henning; 1. Kassierer Franz Antonelli und 2. Kassierer Frau Rosciolonia. Zum Sekretär für die Buchbinderbranche den Kollegen Klabunde; als Verwaltungsbeamte: Töpfer, Becker und Herz, als Hilfskräfte für die Kassengeschäfte die Kollegin Menzel und zum Lokalbeamten den Kollegen Witt.

Vor allen Dingen muß die Wahl von Gewerkschaftsjeripflitterern verhindert werden. (Beifall.)

Schade und Grobe forderten zur regen Wahlhilfe in den 16 Wahllokalen auf, während die als Gäste anwesenden Kollegen

Beinleber, Nürnberg und Wannacker, Hannover Grüße von den dortigen Kollegen überbrachten und die Hoffnung aussprachen, daß es gelingen werde, die Einigkeit auch in Berlin wiederherzustellen.

Achtung! Der Aktionsausschuss der SPD im Buchbinderverband ersucht die auf dem Boden gewerkschaftlicher Einigkeit stehenden Vertrauensleute, am Donnerstag von 2 Uhr 30 ab im Lokal von Paul Reimer, Kommandantenstr. 46, das Material für die Urwahl abzuholen.

Angestelltenstreik in Breslau.

Breslau, 20. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Angestellten der Breslauer Metallindustrie sind heute morgen 7 Uhr in allen größeren Betrieben in den Streik getreten. Lange Verhandlungen mit den Unternehmern, die vorhergegangen waren, hatten nicht zum Ziele geführt.

Internationaler Transportarbeiterkongress.

Genf, 19. April. Der Internationale Transportarbeiterkongress hat eine Entschließung angenommen, die sich zugunsten der gemeinsamen Besitzergreifung und Kontrolle der Transportmittel durch den Staat oder die Gemeindebehörden einerseits und Arbeiterorganisationen andererseits ausspricht.

Am Dienstag nachmittag beschäftigte sich der Kongress mit einer Entschließung gegen die Zerstörung von Maschinen und Material in Ausführung des Friedensvertrages von Versailles. Der französische Delegierte Guinard stellte die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete zur Erörterung.

Nach einem Bericht der Mandatskommission wurden die Vollmachten aller Delegierten bestätigt. Sodann wurde eine Entschließung angenommen, die wirtschaftliche Schikanen verurteilt und sich entschieden für den allgemeinen freien Warenverkehr ausspricht.

Ein Generalstreik der Land- und Waldarbeiter ist, wie die „Aole Frohne“ mittelt, in der Tschechoslowakei zum Ausdruck gekommen. Nach dem Zentralorgan der tschechischen Kommunisten wird eine Erhöhung der Bezüge um zirka 42 Proz. gefordert.

Bauarbeiterstreik. In Ragdeburg sind gestern die Bauarbeiter wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Es kommen Bauten der Stadt, darunter Rotwohnungen, zur vorläufigen Stilllegung.

Eine Erkrankenstiftung der Arbeiter des AEG-Konzerns ist das am 18. April eröffnete Erholungsheim in Falkenhagen bei Seefeld. Eine Besichtigung, welche von den Ausschussmitgliedern der Krankenkasse, sowie den Betriebsräten des Konzerns vorgenommen wurde, betriebliehe dieleichen in jeder Weise. Hier ist etwas geschaffen worden, nach dem die Arbeiterschaft schon seit einer Reihe von Jahren getrachtet hat, hier kann sich jeder Kranke, welcher Erholung bedürftig ist, wirklich erholen und heimlich fühlen.

Die SPD-Dreher regen sich. Die im Metallarbeiterverband organisierten Dreher Berlins waren immer stolz auf den engen und festen Zusammenhalt ihrer Branche und darauf, daß sie in organisatorischer Beziehung eine Kerntruppe bildeten. Jetzt steht die Branche unter kommunistischer Leitung und Zerrissenheit und Disziplinlosigkeit ist eingerissen.

In der Diskussion sprachen sich alle Redner dahin aus, daß unbedingt etwas geschehen müsse, um wieder in der Branche ein erprobliches Wirken zu ermöglichen. Auch wurde von ihnen ein Zusammengehen mit den Unabhängigen für zweckmäßig erklärt.

Die Versammlung beschloß in diesem Sinne. Bei in Aussicht stehenden Verhandlungen werden den Kollegen der U.S.P.-Fraktion entsprechende Vorschläge gemacht werden.

Zentralverband der Maschinen- und Feiler. (Geschäftsstelle Groß-Berlin.) Mitgliederversammlung am 24. April, normiertens 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 4. Delegiertenwahl zum Verbandstag nach Karlsruhe. Niemand darf fehlen!

Zentralverband der Fleischer. Sonnabend im Arbeiter-Vereinshaus, Chausseestraße 94; Frühlingsfest. Beginn 7 1/2 Uhr. Eintritt 2,00 Mk.

Wirtschaft

Sozialistische Wirtschaftsliteratur.

In Büchern, die eine zusammenfassende Darstellung der neueren Wirtschaftsvorgänge und ihre sozialistische Kritik geben, hat es bisher sehr gefehlt. Um so dankenswerter ist die Schrift der Genossen Georg Gradnauer und Robert Schmidt: „Die deutsche Volkswirtschaft“ (Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Preis brosch. 12 Mk., geb. 15 Mk.), die zugleich mit einer kurzgefaßten Geschichte der deutschen Volkswirtschaft im letzten Jahrhundert eine wirklich vollständige und lebendige, dabei mit wissenschaftlichem und statistischem Material reich ausgestattete Schilderung der Wirtschaftsvorgänge der letzten Jahrzehnte, besonders auch der Kriegs- und Uebergangswirtschaft bietet.

Ein Gegenstück dazu ist das im Verlag Gesellschaft und Erziehung Berlin-Friedenau erschienene Buch des Genossen Rudolf Wissell „Kritik und Aufbau“ (Preis 6 Mk.). Wissell versucht hier den Kampf um die Planwirtschaft fortzuführen in einer, wie uns scheint, nicht sehr glücklichen Form. Wissells Eifer für die Planwirtschaft in allen Ehren. Aber ist es notwendig, den Prinzipienkampf mit polemischen Auseinandersetzungen derart auf die Spitze zu treiben, daß das Gemeinsame der verschiedenen Meinungsrichtungen innerhalb der Partei ganz verläßt? Ist es notwendig, zu verkennen, daß der Planwirtschaftsgegner Gen. Schmidt als Reichswirtschaftsminister mit Unterstützung der Mehrheit der Parteigenossen diese Organe einer planmäßigen Wirtschaftsführung tatsächlich geschaffen hat? Und wenn man sieht, wie Freund und Gegner einer Idee Gleiches tun unter dem Druck der Verhältnisse, wenn man ferner sieht, wie der ursprüngliche Gedanke der Gemeinwirtschaft durch die neu entstandenen kapitalistischen Trübsal überlebt hat und nach neuen, schöpferischen Formen sucht (die Wissell in seiner Idee eines Sozialismus oder Gemeinwirtschaftsbaus des vorausahnt, aber heute noch nicht für durchführbar erachtet), wenn schließlich Wissell in einer Fußnote die Durchführung des Programms abhängig macht davon, daß das deutsche Volk unbefugt von unerfüllbaren Wiedergutmachungsorderungen auf die Zukunft hoffen kann — wenn dem alles so ist, so wäre es doch wohl wünschenswert, anstatt des gegenseitigen öffentlichen Meinungstampons die Verständigung über die nächsten Zukunftsaufgaben auf anderen Wegen zu suchen.

Es gibt heute keinen Sozialisten mehr, der nicht ein gutes Stück gemeinwirtschaftliches Bewußtsein hat. Daß es so ist, darat hat Gen. Wissell zweifellos ein überragendes Verdienst. Auch sein neues Buch wird besonders in dem Teile „Aufbau“ dem Forschenden viel Anregung bieten. Ist doch dort manches klarer ausgesprochen als in Wissells früheren Veröffentlichungen. Auch ist viel neues Material besonders aus der neueren Konzernbildung darin verarbeitet.

In dem gleichen Verlag ist eine beachtliche Schrift „Sozialisierung des Kohlenbergbaus“ von Edwin Carpow und Hermann Kranold erschienen (Preis 4,50 Mk.), die besonders für denjenigen von Interesse ist, der sich in das Problem der Kohlensozialisierung vertiefen will. Das Büchlein enthält eine Kritik sämtlicher Sozialisierungsvorschläge, die — ohne daß man ihr in allen Einzelheiten zustimmen braucht — eine ganze Reihe bisher unberücksichtigter Gesichtspunkte in die Debatte wirft. Den Vorschlägen der Sozialisierungskommissionen und -ausschüsse wird ein eigener Sozialisierungsplan gegenübergestellt, dessen wesentliche Punkte sind: Ausdehnung der Kohlensozialisierung auf die Beteiligung der Kohlen, wozu ein eigener Energiewirtschaftsplan notwendig wird; entschädigungslose Enteignung — den jetzigen Eigentümern werden lediglich Rentenbezüge bis zur Höhe des Existenzminimums gewährt; Unterstellung der Kohlenwirtschaft unter einen Selbstverwaltungskörper, der sich gleichmäßig aus allen Volksschichten nach ihrem Zahlenverhältnis zusammensetzt, also den Produzenten ihr bisheriges Uebergewicht nimmt. Der Reichslohnrat hat u. a. das Recht der Begutachtung kohlenwirtschaftlicher Maßnahmen und der Stellung von Initiativanträgen; er schlägt auch die Kandidaten für die Direktoren der Bergbaubezirke vor. — Ohne nähere Begründung wird in dem Befehlentwurf der Umbau des Reichswirtschaftsrats zu der kollektiven Kammer der Arbeit mit parlamentarischen Rechten gefordert, ein Verlangen, das abzulehnen ist.

Amerikanische Ausfuhrkredite. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat das Komitee der Kriegsschiffe den Exporteuren, die 30 000 Ballen Baumwolle nach Deutschland, Frankreich, England, Italien und Japan exportieren wollen, 2 Millionen Dollar vorgeschossen.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiede, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unter den Eichen 10.

LAUSE neben Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch **PFEIFFEROL**

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Trauringe
Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch
H. Wiese, Juwelier, Antikarstr. 30

Schöne Büste
Glühlampen
Schröder, Bernauer Str. 101

Ruhebetten
200 Mk.
Girndt, Neukölln

Werden Umsatz seines erweiternd will, bedient sich des **VORWÄRTS** als Insertionsorgan mit bestem Erfolg

Schlechtsitzende Korsette
Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche
Korsettfabrik Richard Necke

Kriegsbeschädigte
Ausschüsse
Behörden

Kommentar zum Reichsvorsorgengesetz
von Hermann Müller

Elektromagnetische Türverriegelung „Erla“
Beste Schutz gegen Einbruch.
Richard Kutz, Berlin-Wilmersdorf

Erich Fuhrmann
Spezialgeschäft für Trauringe
Gotzkowskystr. 13
Brautleuten
Ankauf Gold-, Silber-, Platinbruch